

POLITIKCHECK 2021-2025

Verbraucherpolitische Bilanz zum Ende der 20. Legislaturperiode

15. Januar 2025

Verbraucherpolitische Themen machen im Alltag der Menschen einen Unterschied: Wie oft fährt der Bus? Was kostet der Lebensmitteleinkauf? Bleibt im Alter genügend Geld zum Leben? Die Bundesregierung ist mit dem Versprechen angetreten, mehr Fortschritt zu wagen und sich auch für Verbraucher:innen stark zu machen. Der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) zieht zum vorzeitigen Ende der Legislaturperiode Bilanz: Welche Versprechen hat die Regierung gehalten? Was hat sich für Verbraucher:innen verbessert und welche Vorhaben sind liegengeblieben?

Insbesondere die erste Hälfte der Legislaturperiode stand unter dem Zeichen der **Energiepreiskrise**. Hier hat die Bundesregierung insgesamt schnell und entschieden gehandelt. Das hat zum einen dazu geführt, dass es keine Engpässe bei der Energieversorgung der Verbraucher:innen gab. Zum anderen haben die bereitgestellten finanziellen Mittel dafür gesorgt, dass extreme finanzielle Belastungen aufgrund der hohen Energiepreise in der Breite verhindert wurden. Eine Folge aus den Entlastungsmaßnahmen im Zuge der Energiepreiskrise war die **Einführung des Deutschlandtickets** – eine echte Revolution angesichts der Vielzahl verschiedener Tarifverbünde. Durch das Ticket wird die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel erheblich vereinfacht und es entlastet Verbraucher:innen finanziell. Die nächste Bundesregierung muss an den Erfolg des Deutschlandtickets anknüpfen, das Ticket noch weiter verbessern und die Finanzierung bis mindestens 2030 sicherstellen.

Die Ampelregierung hat weitere verbraucherpolitische Erfolge vorzuweisen. Dazu zählt insbesondere die **Einführung der Sammelklage und der damit verbundenen Abhilfeklage** – ein echter Meilenstein der zivilen Rechtsdurchsetzung in Deutschland, von der künftig sehr viele Verbraucher:innen finanziell profitieren werden. Denn der vzbv kann nun direkt Schadenersatz für betroffene Verbraucher:innen einklagen. Seit Inkrafttreten im Oktober 2023 nutzte der vzbv das Instrument beispielsweise gegen Energieanbieter, Vodafone oder aufgrund von Datenschutzverstößen gegen Meta.

Das vorzeitige Ende der Ampelkoalition sorgt dafür, dass eine Reihe von Gesetzesvorhaben nicht mehr umgesetzt wurden. Dazu gehören auch verbraucherpolitische Vorhaben, der sich nun eine kommende Bundesregierung annehmen muss. Für den **Schutz vor telefonisch untergeschobenen Verträgen** liegt zum Ende der Legislaturperiode noch nicht einmal ein Gesetzentwurf vor. Doch das Problem bleibt bestehen: Die Marktbeobachtung des vzbv hat allein von Januar bis November 2024 mehr als 8.900 Beschwerden dazu registriert. Da sich nicht alle Betroffenen an eine Verbraucherzentrale wenden, repräsentiert diese Angabe nur einen

Bruchteil der tatsächlichen Verbraucherprobleme. Hier hätte die vom vzbv geforderte Einführung einer allgemeinen Bestätigungslösung unkompliziert und schnell Abhilfe schaffen können.

Die Pläne für eine **Reform der privaten Altersvorsorge** waren dagegen weiter vorangeschritten. Das Bundesministerium der Finanzen hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der aus Sicht der Verbraucher:innen ein wichtiger Schritt hin zu einer funktionierenden privaten Altersvorsorge gewesen wäre. Der vzbv hat konkrete Vorschläge gemacht, wie die Reform verbraucherfreundlicher geworden und Risiken für Verbraucher:innen reduziert worden wären. Durch das vorzeitige Ende der Ampel-Regierung müssen Verbraucher:innen aber weiter auf eine funktionierende private Altersvorsorge warten. Vom bisherigen Riester-System profitieren vor allem die Anbieter von Versicherungsprodukten. Einen effektiven Beitrag zum Erhalt des Lebensstandards der Verbraucher:innen leisten Riester-Verträge nicht.

Die **Fernwärme** soll im Zuge der Wärmewende stark ausgebaut werden. Das aktuelle Regelwerk ist aber deutlich veraltet und muss dringend verbraucherfreundlich überarbeitet werden. Fernwärmenetze sind Monopole und die Preisbildung vielfach intransparent. Das Nachsehen haben die Verbraucher:innen mit hohen Kosten. Die geplante Reform der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Fernwärme (AVBFernwärmeV) ist auf den letzten Metern gescheitert. Hier muss die künftige Bundesregierung zügig ansetzen. Es braucht endlich mehr Transparenz bei der Preisbildung und eine behördliche Preisaufsicht. Andernfalls wird die Akzeptanz der Verbraucher:innen für Fernwärme sinken.

Die Ampel-Regierung ist mit großen Versprechen auch für Verbraucher:innen angetreten. Diese Versprechen konnten – auch angesichts des vorzeitigen Endes der Koalition – nur bedingt gehalten werden.

Mit der Einführung der Abhilfeklage im Rahmen der Sammelklage ist der Bundesregierung ein verbraucherfreundlicher Meilenstein gelungen, von dem Verbraucher:innen langfristig profitieren werden. Auch das Agieren der Bundesregierung im Zuge der Energiepreiskrise muss – bei aller Kritik im Detail – als Erfolg für Verbraucher:innen verstanden werden. Ergebnis der Krisenbewältigung ist auch das Deutschlandticket – eine echte Revolution im deutschen Tarifdschungel. Dieses Ticket muss von einer künftigen Regierung unbedingt weitergeführt werden.

Die Reform der Fernwärmeregulierung kam auf den letzten Metern nicht mehr zustande – auf Kosten der Verbraucher:innen. Ebenso wurden die Versprechen auf eine Reform der privaten Altersvorsorge und einen besseren Schutz vor Kostenfallen nicht erfüllt. Hier muss die kommende Bundesregierung die ausstehenden Reformen schnell angehen. Verbraucher:innen sollten nicht länger als unbedingt nötig auf einen fairen Fernwärmemarkt, eine funktionierende private Altersvorsorge und einen Schutz vor Kostenfallen warten müssen.

Kontakt

*Bundesverband der Verbraucherzentralen und Verbraucherverbände –
Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.*

Team Vorstand

Vorstand@vzbv.de

Rudi-Dutschke-Straße 17, 10969 Berlin

Der Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. ist im Deutschen Lobbyregister und im europäischen Transparenzregister registriert. Sie erreichen die entsprechenden Einträge [hier](#) und [hier](#).